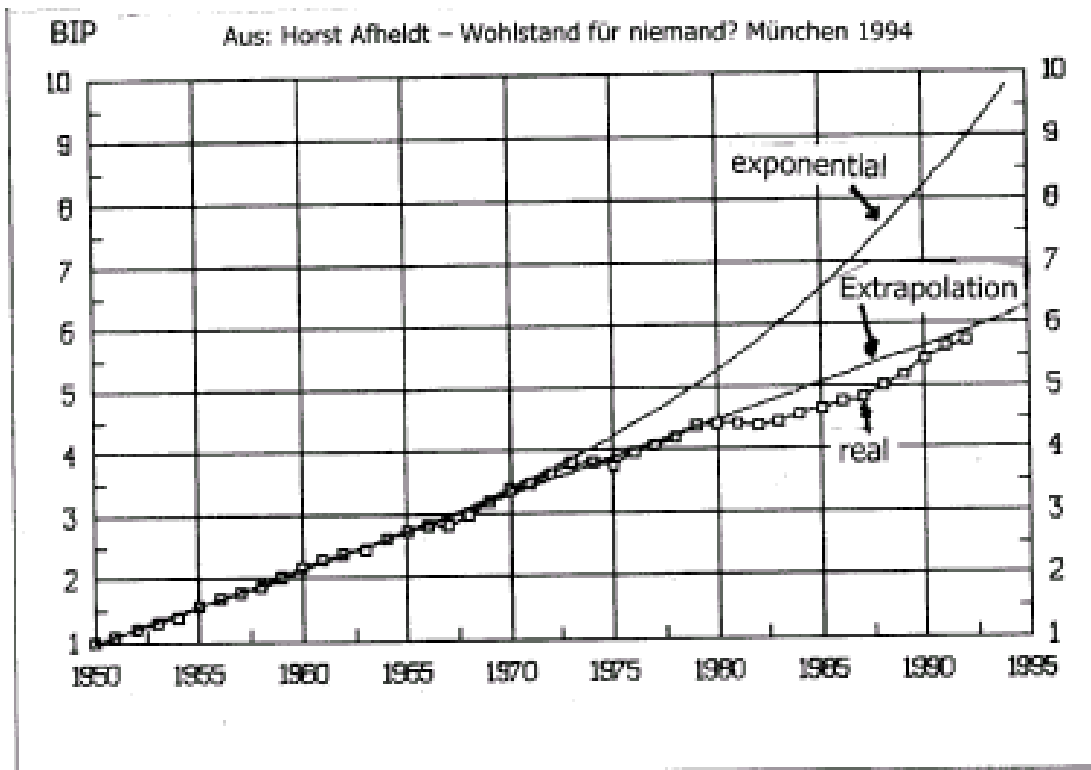


## Massenarbeitslosigkeit

als Produkt der Wirkkräfte

- Lineares Wirtschaftswachstum bei exponentialer Zunahme der Produktivität
- Exponentiales Wachstum der Geldvermögen
- Schlanker Staat

## Exponentiales Wachstum



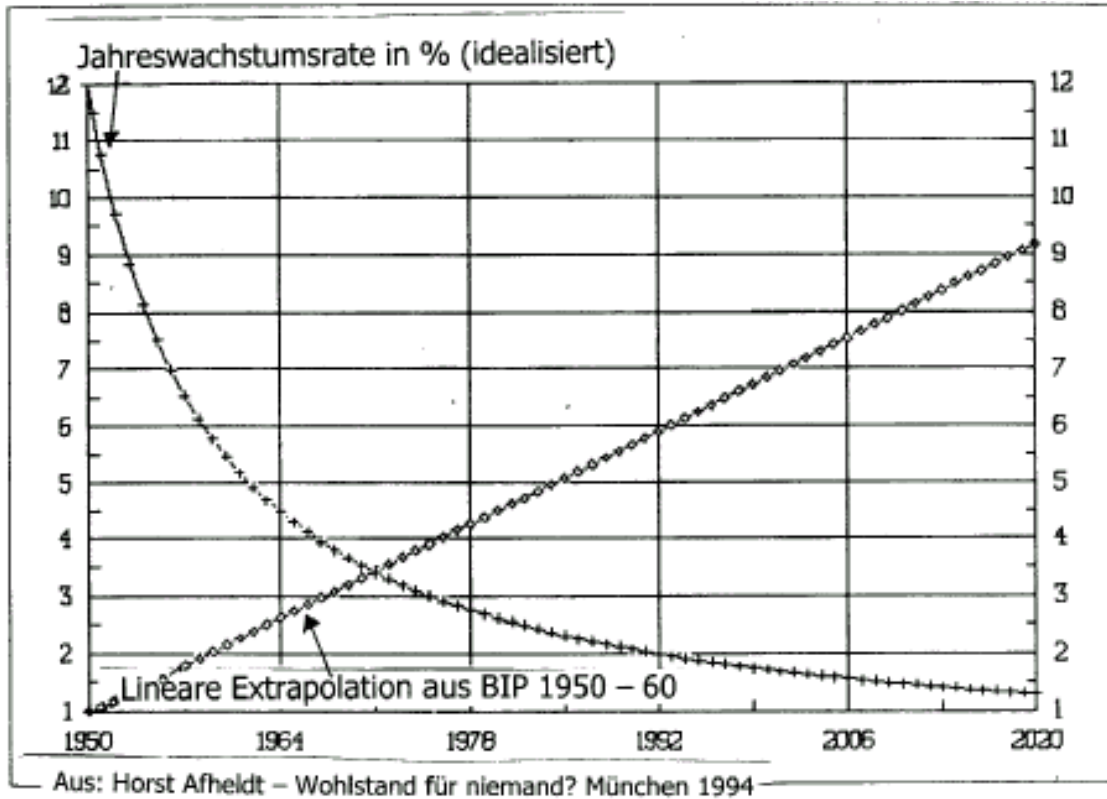
1. Grafik<sup>33</sup>: (alte) BRD, Sozialprodukt (BIP) real  $\square$

Bis Anfang der 70er-Jahre gingen die Wirtschaftsökonomen davon aus, dass die BRD ein **exponentiales Wirtschaftswachstum** hat. Aus dieser Zeit stammten auch die Energiebilanzen, die einen gigantischen Ausbau von Atomkraftwerken als notwendig ableitete.

Exponentiales Wachstum haben z.B. Geldanlagen wie Sparbücher, die das Guthaben mit einem Zinssatz verzinsen. Mit dem steigenden Guthaben steigt der Ertrag, die Entwicklung bildet eine **Parabel, die gegen Unendlich strebt**.

Heute redet niemand mehr von einem exponentiellen Wachstum. Alle westlichen Industrienationen haben im tatsächliche Verlauf (warum auch immer) lediglich ein lineares Wachstum.

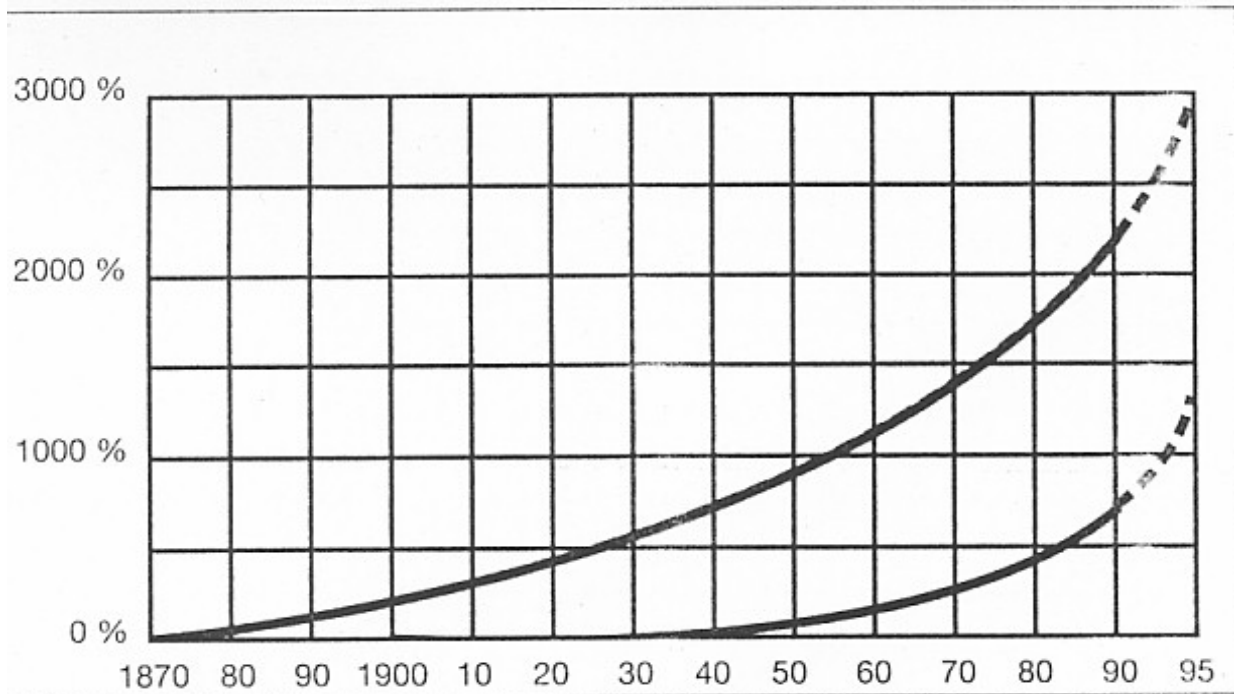
## Lineares Wachstum



Beim **linearen Wachstum** wächst – unabhängig von der "Einlage" - letztlich immer nur der selbe Betrag zu. Je höher die Basis, um so weniger macht dieser jährliche Zuwachs prozentual aus. In solch eine Geldanlage würde niemand sein Geld stecken. Der prozentuale Ertrag bildet eine **Hyperbel, die gegen Null strebt**.

Die obenstehende Hyperbel bildet recht genau das Wirtschaftswachstum in der BRD ab. Während wir Anfang der 50er-Jahre noch zweistellige Wachstumsraten hatten, die in den 70er Jahren auf 2,5 – 3,5% absanken, liegen wir jetzt im Bereich von +- 1%.

*Produktivitätsentwicklung in der Fertigung und im Büro 1870-1995*

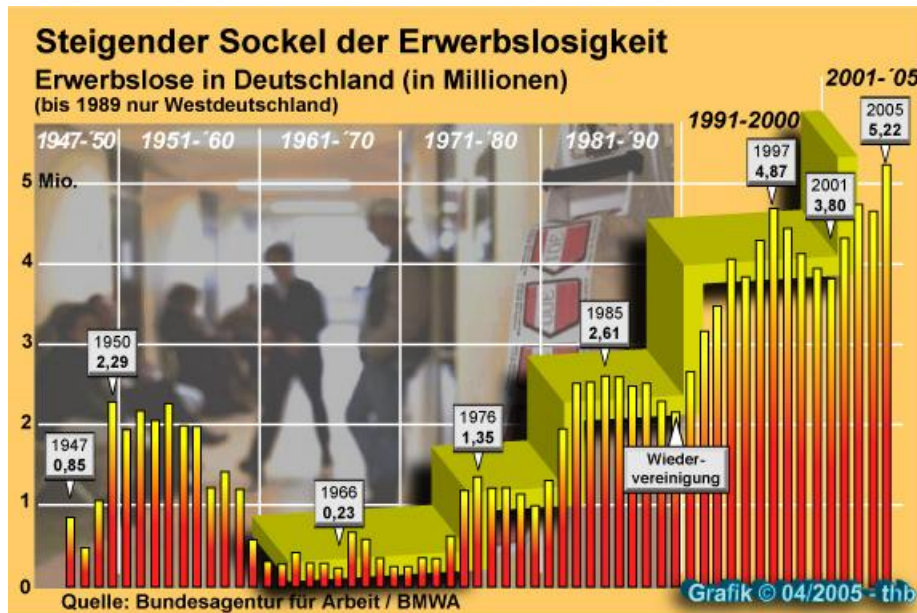


3. Grafik<sup>42</sup>

Ein tatsächlich exponentiales Wachstum haben wir im Bereich der Produktivität.

**Wozu wir heute noch 100 Beschäftigte brauchen, das stellen wir morgen mit 80 her und übermorgen mit 50.**

## Steigende Sockelarbeitslosigkeit



Die Scherentwicklung zwischen sinkendem Wachstum und steigender Produktivität bildet sich ab in einer **sprunghaft steigenden Sockelarbeitslosigkeit**: immer mehr bleiben übrig und werden auch von Phasen der Hochkonjunktur nicht mehr erfasst. Die traditionelle Erwerbsarbeit wird so immer weniger in der Lage sein, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen – sie produziert sie.

Die Massenarbeitslosigkeit braucht deshalb zu ihrer Beseitigung

⒫ intelligente Formen der Arbeitsverteilung. Modelle von Jahres- und Lebensarbeits-Zeitkonten weisen Wege. Erhöhungen der Wochenarbeitszeit und des Renteneintrittsalters sind kontrainduziert

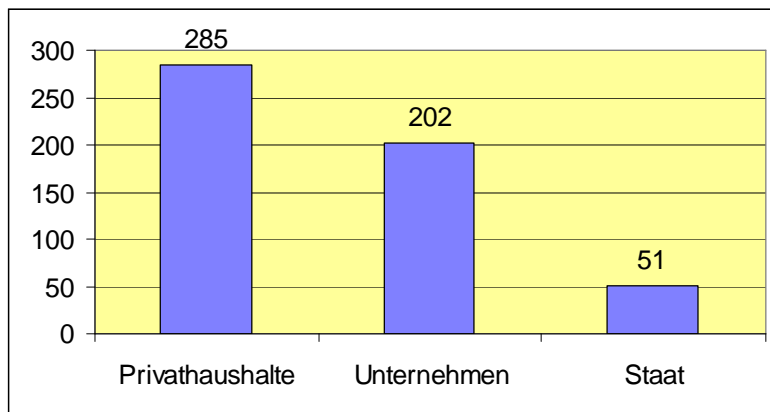
⒫ neue Arbeitsbereiche über die traditionelle Erwerbsarbeit hinaus. Zur Finanzierung eines solchen öffentlich geförderten Arbeitsmarkts kann eine Wertschöpfungsabgabe die explosive Kraft der Produktivität nutzen und gesellschaftlich notwendige Arbeit erschließen, die aus Geldmangel nicht erledigt wird. Im stark wachsenden Bereich von Beziehungsarbeit (Kinder, Senioren, Gesundheit...), notwendiger Umweltarbeiten, Bildung u.v.a.m. gibt es unendlich viel zu tun.

**Letztlich geht es um die Wiederherstellung einer Balance zwischen brach liegendem Arbeitskräftepotential in Millionenbereichen und nicht ausgeführter, aber gesellschaftlich notwendiger Arbeit.**

**Zuwachs der Geldvermögen – D 1950 -2000**

in Milliarden DM

	1950	2000	Faktor
<b>Privathaushalte</b>	25	7.124	285
<b>Unternehmen</b>	20	4.046	202
<b>Staat</b>	15	766	51
<b>insges.</b>	60	11.936	199
<b>z. Vgl.: BIP</b>	98	3.976	41



Die Geldvermögen sind in den letzten 50 Jahren explosiv angestiegen. Dabei sind die Privathaushalte die großen Gewinner, sie konnten ihr Vermögen nominal mit dem Faktor 285 vervielfachen. Verlierer war der (jetzt gewollt schlanke) Staat, dessen Geldvermögen "nur" mit dem Faktor 51 wuchs.

Problematisch ist die Zunahme der Geldvermögen weit über dem Wirtschaftswachstum. Dieses wuchs im Zeitraum 1950 – 2000 lediglich um den Faktor 41, die gesamten Geldvermögen aber um den Faktor 199. Das ist ein fünfaches Wachstum der Geldvermögen.

Sie müssen zur Vermeidung einer Deflation zwingend in den Wirtschaftskreislauf zurück geführt werden. Dies erfolgt in der Form von Krediten, die ständig wachsende Zinslasten einfordern. Wachsende Kredite brauchen ein wachsendes Heer von Schuldnern

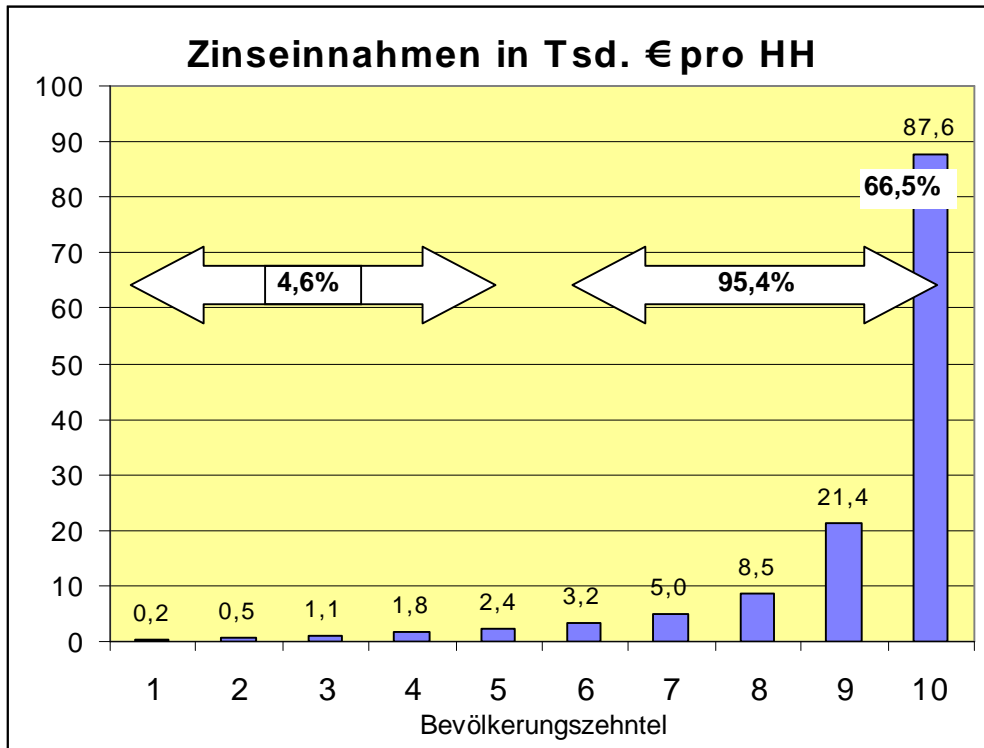
Die Zinssätze liegen jeweils höher als das Wirtschaftswachstum, müssen aber von der Gesamtwirtschaftsleistung bezahlt werden. Die Geldvermögen steigen deshalb exponential in der Form einer Parabel an, die gegen Unendlich strebt.

Durch den Rückführungszwang in der Form von Krediten ergibt sich eine (exponential steigende) Schuldenlast, die einen immer größeren Anteil an der Gesamtwirtschaftsleistung einfordert. Das private Geldvermögen liegt 2005 bei ca. 6 Billionen Euro.

Im Privatisierungsdruck öffentlicher Güter (Renten, Gesundheit, Bildung, Wasser...) und in spekulativen, vagabundierenden Geldströmen (weltweit ca. 1,5 Bill. \$ täglich) zeigt sich das Verwertungsinteresse der entfesselten Geldvermögen.

Quelle: Bundesbank  
nach Helmut Creutz – Die 29 Irrtümer rund ums Geld, S. 189.

**Zinseinnahmen der versch. Bevölkerungsschichten; D 2000**



Quelle: Helmut Creutz, Die 29 Irrtümer rund ums Geld, S. 83

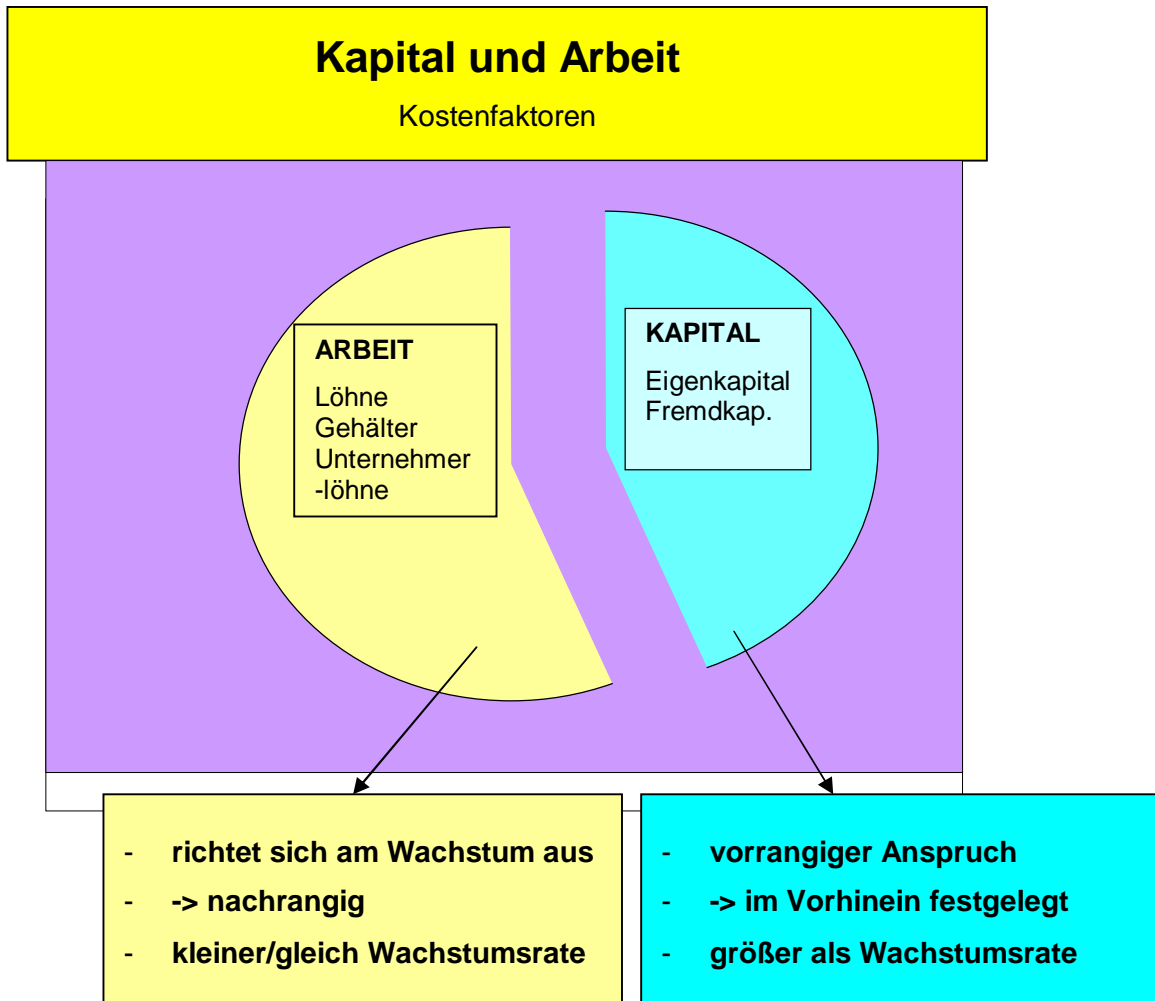
Die Geldvermögen sind extrem ungleich verteilt. Nach dem letzten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2003 hatte die untere Hälfte der Bevölkerung einen Anteil von 3,6%, die obere Bevölkerungshälfte somit 96,5%.

Über den Reichtum der Pyramidenspitze weiß man wenig. Die letzte Statistik der dann eingestellten Vermögenssteuer 1995 wies aus, dass 28% des deutschen Gesamtvermögens in der Hand von ca. 10.000 Steuerpflichtigen lagen.

Die Zinseinkünfte sind dabei noch ungleicher verteilt als die Geldvermögen, deren große Vertreter nicht von Sparbuchzinsen leben. Auf die oberen 10% der Bevölkerung entfielen in 2000 zwei Drittel der Zinseinnahmen. Dabei kommt ihnen noch zugute, dass Deutschland im EU-Vergleich (nach Griechenland) die niedrigste tatsächlich gezahlte Kapitalsteuer hat. Sie lag im Jahr 2002 bei 21 Prozent.

Die Kapitaleseite profitiert damit maximal im Wirtschaftsprozess, beteiligt sich aber minimal am gesellschaftlichen Ausgleich.

Quellen: Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2003  
 Vermögenssteuerstatistik 1995;  
 European Communities (2004), Structures of the taxation systems in the European Union, Brussels, 294



**44% Zinsanteil in den Haushaltsausgaben:**

28% Verzinsung Geldvermögen (Zinsanteil aus HH-Einkommen)

12% Anteil schuldenfreies Sachkapital

4% aus Differenzquote Einkommen / Ausgaben

44% Gesamtbelastung durch Kapitalkosten

**Beispiele für Zinsanteile in verschiedenen Branchen:**

Kommunale Abwasserbeseitigung	23%	(Stadt Nürnberg 1991)
Kommunaler U-Bahn-Betrieb	44%	(----- " -----)
Mieten	60 – 80%	

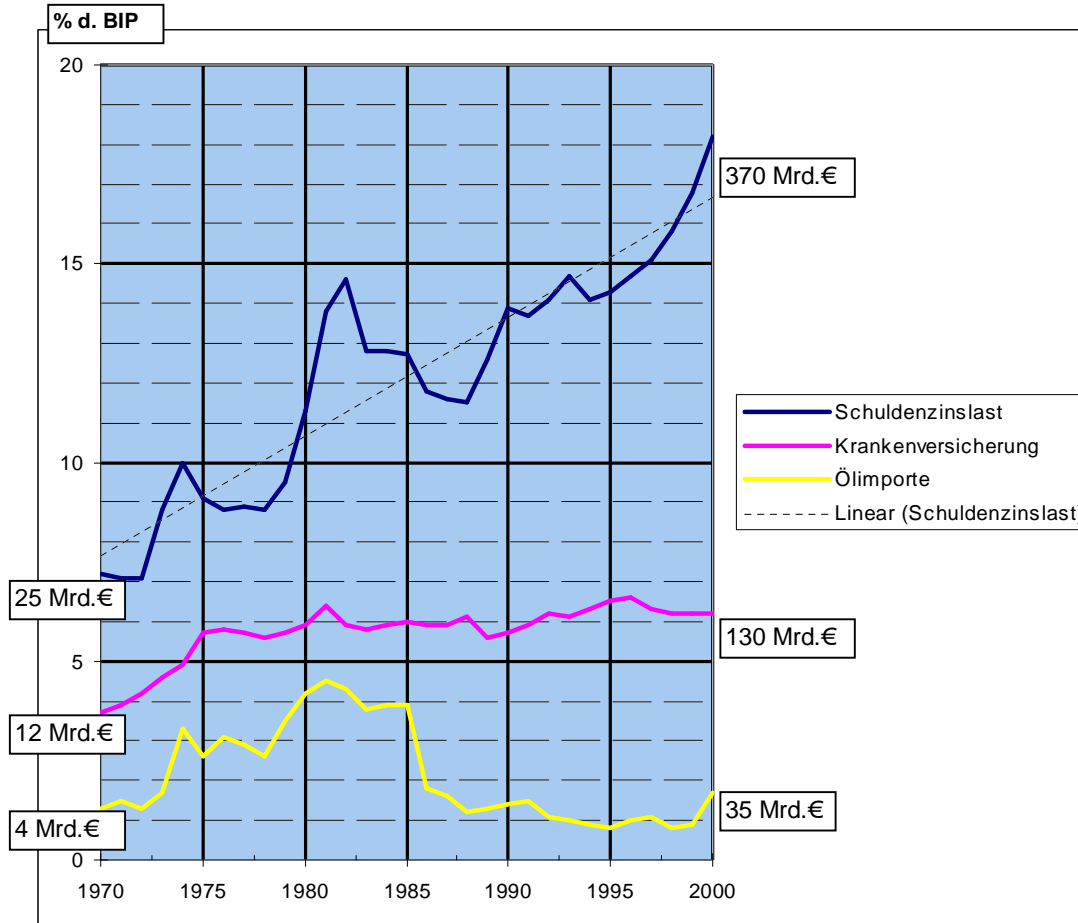
Die Wirtschaftsleistung wird aufgeteilt auf die Ansprüche der Faktoren Kapital und Arbeit. Mit dem vorrangig gesicherten Anspruch der Kapitaleseite, deren Zinsansprüche jeweils über dem Wirtschaftswachstum liegen, verbleibt dem Faktor Arbeit nur der (ständig kleiner werdende) Rest.

Derzeit sind die Ausgaben aller Haushalte mit einem Zinsanteil von 44% belastet. Diese Belastung steigt mit der Zunahme der Geldvermögen rasant. 1950 betrug der Zinsanteil an den Haushaltsausgaben noch ca. 9%.

Quelle: Bundesbank  
nach Helmut Creutz – Die 29 Irrtümer rund ums Geld, S. 77 ff.

## Deutsche Kostenlast-Quoten 1970 - 2000

in % des BIP



Die explodierenden Geldvermögen, die "mit dem Köder des Zinses" als Kredit in den Geldkreislauf geholt werden müssen, nehmen ein immer größeres Kuchenstück der deutschen Wirtschaftsleistung in Anspruch. Über 18% des Bruttoinlandprodukts (BIP) bei steil ansteigender Tendenz muss inzwischen für die Zinslast aufgewendet werden.

Die Belastungen durch die Krankenversicherung (Lohnnebenkosten) oder den Ölpreis nehmen sich dagegen recht bescheiden aus.

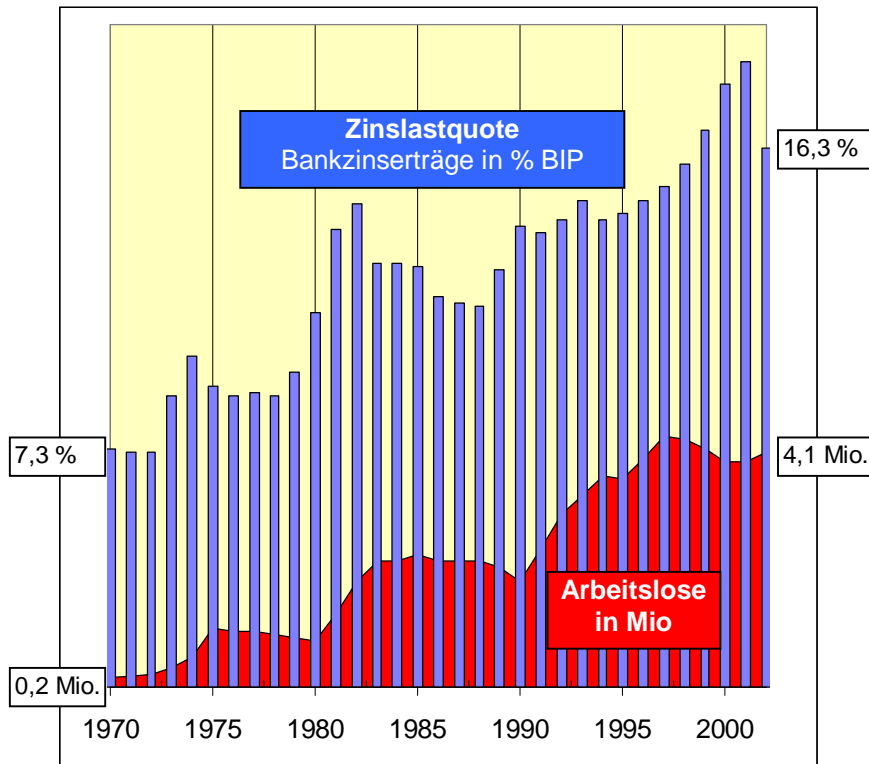
Dieser größte Belastungsfaktor bleibt jedoch in der öffentlichen Diskussion völlig außen vor – im Gegensatz zu den geringeren Belastungen der Krankenversicherung oder des Ölpreises.

Maßgeblich für diese zunehmende Würgebelastung der deutschen Wirtschaft ist ein Zins, der jeweils deutlich über dem Wirtschaftswachstum liegt.

Die Geldvermögen wachsen damit exponential an, der Faktor Kapital erdrückt den Faktor Arbeit. Mit dem vorrangig gesicherten Zinsanspruch werden die Verteilungskämpfe immer heftiger. Sinkende Löhne (der Arbeitnehmer und der Unternehmer), steigende Kaufkraftverluste und ein verarmender Staat, der seine sozialstaatlichen Aufgaben immer weniger erfüllen kann, sind die Folgen.

Quelle: Bundesbank / BmfAuS  
nach Helmut Creutz – Die 29 Irrtümer rund ums Geld

## Zinslast und Arbeitslosigkeit 1970 - 2002



Die Arbeitslosigkeit entwickelt sich völlig parallel zur steigenden Zinslastquote. Jeweils ein Jahr nach einem Hochpunkt in der Zinsbelastung der Wirtschaft ergibt sich ein Hochpunkt der Arbeitslosigkeit: Die Unternehmen können steigende Kapitalkosten bei begrenztem Wachstum i.d.R. nur mit einer Reduzierung der Personalkosten ausgleichen.

Auch hier wirkt sich das explodierende Geldvermögen und ein Zinssatz weit über dem Wirtschaftswachstum als Sprengsatz bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit aus.

Der leichte Rückgang in der Arbeitslosenkurve 1998 – 2000 ist Lohnsenkungen geschuldet, die jedoch zum Kollaps der Binnennachfrage führten. Das stark zunehmende Niedriglohnsegment hat inzwischen zu Löhnen geführt, die die Existenz nicht mehr sichern und die aufstockende Sozialleistungen ("Kombilöhne" u.a.) erfordern. Dies aber überfordert wiederum den "schlanken Staat".

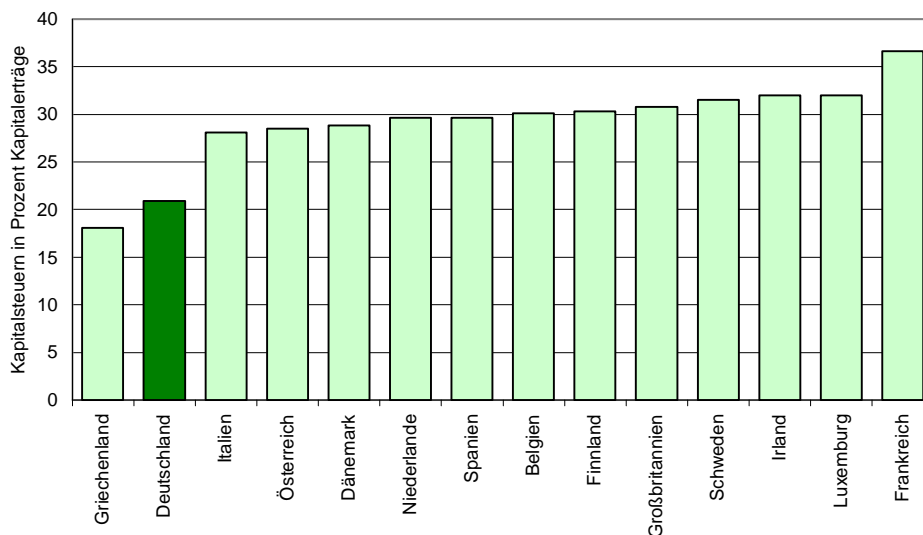
Quelle: Bundesbank  
nach Helmut Creutz – Die 29 Irrtümer rund ums Geld, S. 113

**Kapitalerträge entziehen sich der gesellschaftlichen Verantwortung**

- Im EU-Vergleich ist Deutschland eine Steueroase
- Zu den Sozialsystemen erfolgt keinerlei Beitrag

**Steueroase Deutschland**

Tatsächlich gezahlte Kapitalsteuern in Prozent der Kapitalerträge („implizite Kapitalsteuern“) im Jahre 2002 im EU-Vergleich



Kapitalerträge werden in der EU nur noch in Griechenland stärker von der Steuer verschont als in Deutschland – in den meisten der „alten“ EU-Staaten musste 2002 ein deutlich höherer Anteil der Unternehmensgewinne, Dividenden, Zinserträge, Mieten und anderen Kapitalerträge an den Fiskus abgeführt werden als in Deutschland. Meist lag die Mehrbelastung bei rund 40 Prozent: Zwar sind in Deutschland die nominalen Steuersätze relativ hoch, doch in kaum einem anderen Land gibt es so viele legale Möglichkeiten zur Steuervermeidung wie in Deutschland. Daher ist eine weitere Absenkung der nominalen Besteuerung von Kapitalerträgen nur dann volkswirtschaftlich verantwortbar, wenn zugleich die jeweilige Bemessungsgrundlage deutlich ausgeweitet wird. In keinem Fall zu rechtfertigen wäre eine weitere Absenkung der effektiven Besteuerung...

Anmerkungen zum Schaubild:

implizite Kapitalsteuern: Summe der Steuern auf Unternehmensgewinne, Unternehmens- und Vermögenseinkommen privater Haushalte usw. in Prozent der Summe der Unternehmensgewinne, Unternehmens- und Vermögenseinkommen privater Haushalte usw.

EU (gewichtete Basis): Durchschnitt der Steuern auf Kapitalerträge, gewichtet nach der Höhe der Kapitalerträge.

Durchschnitt EU (arithmetisches Mittel): ungewichteter Durchschnitt der impliziten Steuerquoten

Zahlen für 2003 und 2004 lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Schaubildes noch nicht vor.

Quelle: European Communities (2004): Structures of the taxation systems in the European Union, Brussels, 294

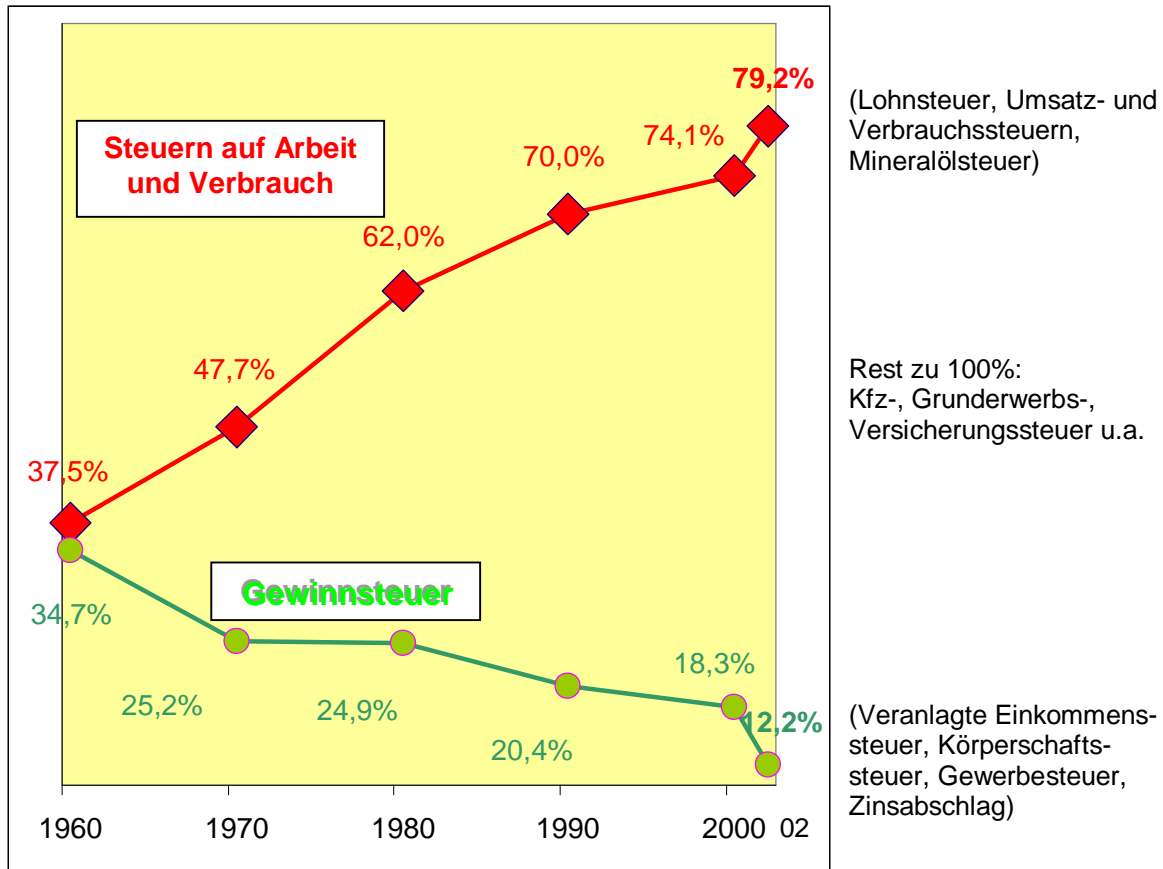
**Zwischenfazit Zinslast:**

- ◆ eine weitere Explosion der Geldvermögen kann nur verhindert werden durch eine faire Aufteilung der Wirtschaftsleistung zwischen Kapital und Arbeit. Deshalb dürfen **Zinsen nicht höher als das Wirtschaftswachstum** liegen
- ◆ zur Begrenzung des spekulativ vagabundierenden Kapitals braucht es eine Dämpfung der Geldströme. Hierzu kann eine **Umsatzbesteuerung des Geldtransfers** dienen (Tobinsteuer)
- ◆ die Geldvermögen sind für das Gemeinwesen stärker in die Verantwortung zu nehmen. Hierzu bedarf es der Wiedereinführung der **Vermögenssteuer und einer höheren Besteuerung der Kapitalerträge**

Ludwig Erhard 1971:

*"Als ein strategischer Punkt [für mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit in der Marktwirtschaft] ist die Vermögensverteilung anzusehen."*

**Verteilung der Steuerlast**



Deutschland wird verkommt immer mehr zu einem Lohn- und Verbrauchssteuerstaat. Fast 80% der Steuerlasten wird inzwischen von den Arbeitnehmern und Verbrauchern getragen. Gewinne tragen im Jahr 2002 gerade noch mit stark 10% bei. 1960 brachten die Gewinn- sowie die Lohn- und Verbrauchssteuern annähernd gleich große Beitragsanteile zu den staatlichen Leistungen.

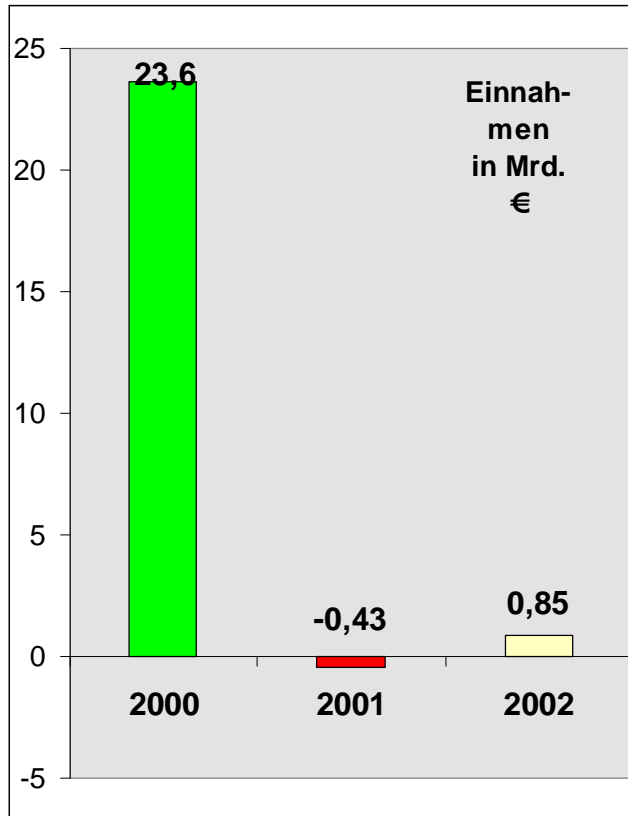
Mit dieser Entlastung der Kapitaleseite wird Tribut gezollt

- ◆ dem gewünschten schlanken Staat, der zum armen Staat wird
- ◆ den explodierenden Geldvermögen, die sich immer weniger am Gemeinwesen beteiligen

Quelle: WSI, Hans-Böckler-Stiftung

**Unternehmenssteuerreform 2000**

**Der Zusammenbruch der Körperschaftssteuer**

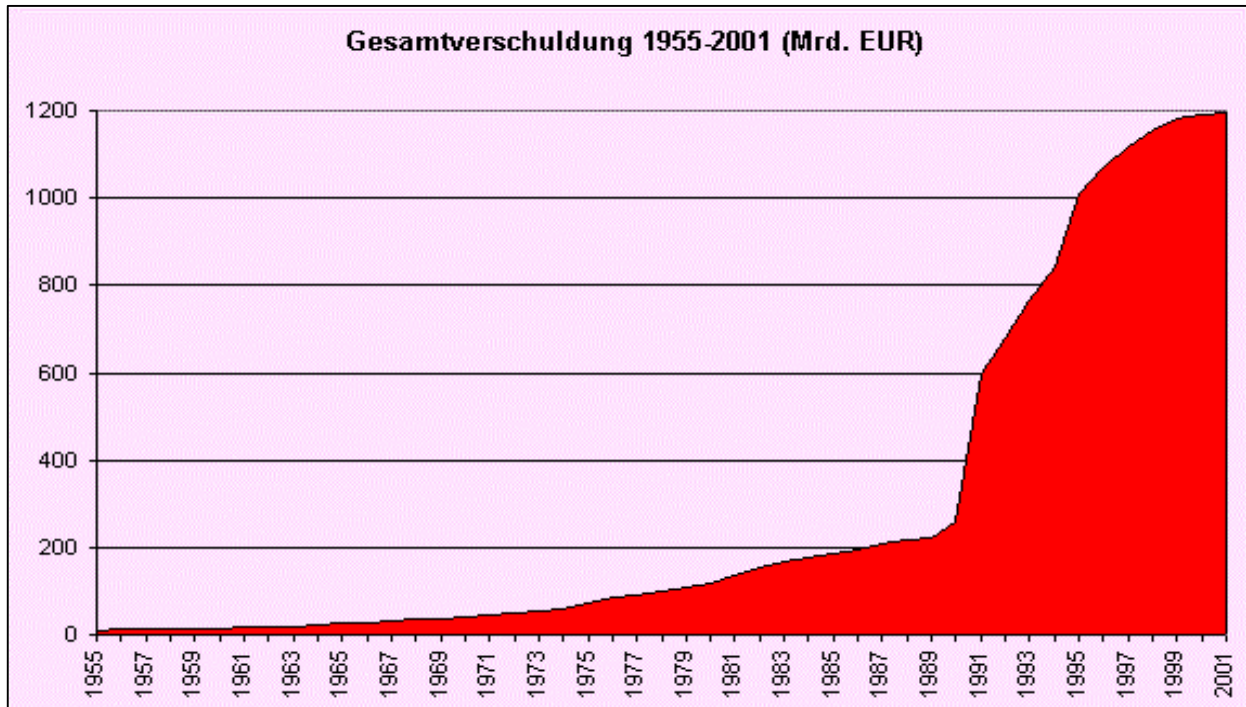


Mit der **Unternehmenssteuerreform 2000** kam es zu einem völligen Zusammenbruch der Körperschaftssteuer, der Gewinnsteuer der Kapitalgesellschaften und Konzerne. Sie brach 2001 um 24 Milliarden € oder 10% des Bundeshaushalts ein. Die Reform führte in der Folge auch zu einem Zusammenbruch der Gewerbesteuer und zu massenhaft verarmten Städten und Gemeinden. Das Thema von immer neuen Steuerlöchern lief wie ein rotes Band durch immer neue Nachrichten und Schlagzeilen.

Die Reform führte bislang zu Steuerausfällen von ca. 150 Milliarden Euro, ohne dass die erwünschten Arbeitsplätze entstanden wären.

Solche Ausfälle verkraftet kein Sozialstaat ohne wesentliche Funktionsausfälle. Die Folge war ein massiver Sozialabbau (Gesundheit, Hartz I-IV, Renten).

**Der schlanke, arme Staat**



Mit den Kosten der deutschen Einheit und den immer neuen Steuerausfällen explodierte die **Staatsverschuldung** auf aktuell 1,325 Billionen €. Jeder vierte Steuer-Euro muss inzwischen für Schuldzinszahlungen ausgegeben werden.

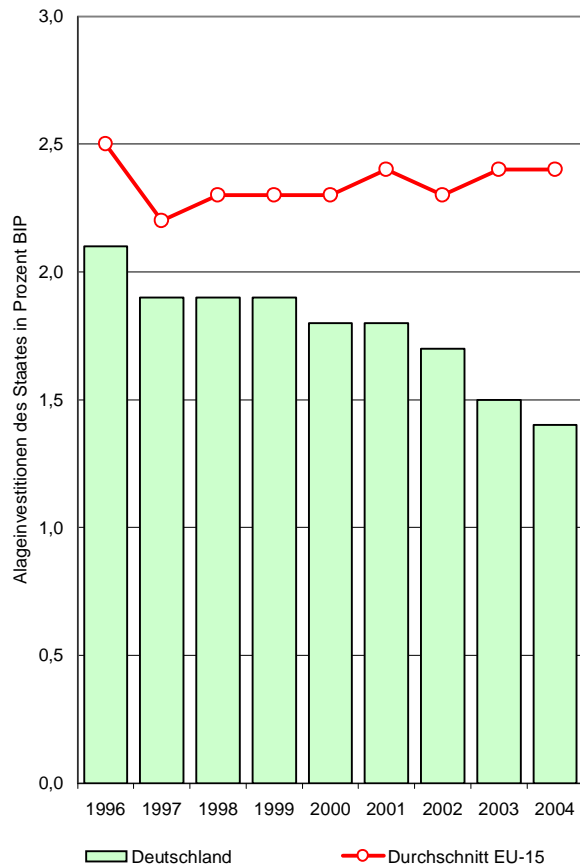
Seit Jahren liegt die Nettokreditaufnahme des Staates auf dem Niveau der Schuldzinsen. Die Schulden treiben also in neue Schulden. Neue Schulden dienen immer weniger dem Ziel von Neuinvestitionen (verfassungswidrige Haushalte).

Die Kehrseite der Staatsverschuldung findet sich im privaten Geldvermögen von derzeit sechs Billionen Euro wieder.

**Fehlende staatliche Investitionen**

**Der deutsche Staat investiert zu wenig: Staatliche Investitionsquote 1996 bis 2004**

Investitionen des Staates in Prozent des Bruttoinlandsproduktes i.Vgl.m. EU-15-Durchschnitt



Während die staatliche Investitionsquote (Anlageinvestitionen des Staates in Prozent des Bruttoinlandsproduktes) im Durchschnitt der 15 „alten“ EU-Länder seit 1997 stieg, fiel sie in Deutschland und lag 2004 mit 1,4 Prozent um rund 40 Prozent unter dem europäischen Durchschnitt – trotz der beträchtlichen Investitionen in den neuen Bundesländern.

Der gewünschte schlanke Staat ist nicht mehr in der Lage zu notwendigen Investitionen.

Es fehlen deshalb Impulse zur Konjunktur. Arbeitsplätze gehen verloren. Der staatliche Umbau trägt daher wesentlich zur Massenarbeitslosigkeit bei.

Kommunen sind z.B. die größten Auftraggeber des Handwerks.

Quelle: Eurostat (<http://epp.eurostat.cec.eu.int>)